



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21881-23
Fernschreiber 0888890

2/IV/175 - 4. August 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Kurzes Gedächtnis</u>	34
	Willy Brandt: einmal gelobt - einmal gescholten Von Günter Markschefel	
2	<u>UNO-Intervention auch in Algerien?</u>	51
	Sowjetische Wendung in der Algerienfrage Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	
3	<u>Zehn Jahre "Zentralrat der Juden in Deutschland"</u>	30
	Dank und Verpflichtung	
4	<u>Internationale Zusammenarbeit in der Tiefe des Meeres</u>	49
	Ein Erfolg der UNESCO Von Bruno Kuster, Genf	
5	<u>"In der Praxis ist es ganz anders"</u>	34
	Fehlzünder in "Rheinischer Merkur"	
6	<u>Sozialdemokraten in der Verantwortung</u>	
	Aufbauleistungen in deutschen Städten	
	<u>Krefeld - die Seidenstadt!</u>	51
	Von Oberbürgermeister Josef Hellenbrock	

* * * * *

Kurzes Gedächtnis

Willy Brandt: einmal gelobt - einmal gescholten

Von Günter Markecheffel

Es ist noch gar nicht solange her, da konnte man bei Unterhaltungen mit hohen Regierungsbeamten und einigen beachtlichen Persönlichkeiten der CDU/CSU hören: "Wissen Sie, wenn alle Sozialdemokraten so wären wie Willy Brandt, dann könnten wir uns eine sozialdemokratische Bundesregierung unter seiner Führung sehr wohl vorstellen". Fragte man, worauf sich eine solche freundliche Vorstellung stütze, lautete gewöhnlich die Antwort: "Der Mann hat Weitblick, ist klug und weiß, was er will".

In jetzt geführten Unterhaltungen mit den gleichen Leuten heißt es: "Ach, der Willy Brandt ist ja viel zu jung; außerdem ist er ja 'nur' durch die Zuspitzung des Berlinproblems so in den Vordergrund gerückt. Und wissen Sie - er ist ja doch Sozialdemokrat".

Es ist immer dasselbe Lied in Deutschland: Solange ein Sozialdemokrat nicht zur unmittelbaren Konkurrenz oder gar Gefahr altingesessenen Dankens "ohne Experimente" wird, ist er ein guter Mann. Man lobt ihn in allen Tönen, schirmt ihn unter Umständen sogar gegen Angriffe ab und belegt ihn mit Prädikaten, die vermuten lassen, man halte diesen Mann wirklich für eine Bereicherung des politischen Lebens. Sobald derselbe Mann jedoch in die Arena tritt, mit Überzeugungskraft seine Ideen vorträgt und von seiner Partei in den Vordergrund gestellt wird, taugt er plötzlich nichts mehr. Meist finden sich dann auch noch eifrige und "überparteiliche" Darsteller des Zeitgeschehens, die mit einem bewundernswürdigen freiwilligen Konformismus in dem nunmehr kochenden Brei herumrühren; solange herumrühren, bis aus dem früheren "Mann mit Weitblick" ein "gewöhnlicher Funktionär" wird. Vergessen sind die lobenden Sprüche, vergessen ist auch die innere Bremse, die den einen oder anderen Gegner der Sozialdemokraten manchmal doch daran hinderte, anzunehmen, daß nur einer CDU die Staatsführung vorbehalten bleiben dürfe.

Willy Brandt steht für Berlin, und Berlin steht für ein Deutschland, das den Frieden und die Freiheit will. Deswegen werden die billigen Tricks, mit denen man jetzt - auf das kurze Gedächtnis der Zeitgenossen spekulierend -, Willy Brandt und die Sozialdemokratie wieder einmal auf das Abstellgleis schieben will, nicht verfangen. Willy Brandt weiß, daß er eine gute Sache vertritt und daß die deutsche Sozialdemokratie mit ihrer langen und ruhmreichen Geschichte hinter ihm steht.

UNO-Intervention auch in Algerien?

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Die Haltung Moskaus in der Algerienfrage war bis jetzt relativ gemäßigt, anders als in anderen Gebieten Afrikas, zweifellos aus Rücksicht auf de Gaulle, auf den die Sowjetregierung lange Zeit bestimmte Hoffnungen setzte. Algerien wurde bisher als "innere Angelegenheit Frankreichs" bezeichnet, man wollte de Gaulle Zeit lassen, dieses Problem auf dem Wege der Selbstbestimmung zu lösen. Moskaus Hoffnung auf eine grundlegende Änderung der gaullistischen Außenpolitik wurde aber enttäuscht, und andererseits muß man die französisch-algerischen Verhandlungen als vorläufig gescheitert betrachten.

Nach den kongolesischen Ereignissen zeichnet sich auch in der algerischen Frage eine neue sowjetische Haltung ab. Die direkte Intervention Khruschschows für die Begnadigung eines algerischen Terroristen und die damit verbundenen Kommentare der sowjetischen Presse und des Moskauer Rundfunks sind ein deutliches Zeichen für diese neueste Wendung. Abderrahman Laklifi wurde dieser Tage hingerichtet; er war im Januar dieses Jahres zum Tode verurteilt worden, weil er bei dem Feuerüberfall auf ein lyoner Polizeikommissariat sieben Personen verletzt hatte. Französische Persönlichkeiten, darunter Sartre und Francois Mauriac, hatten an verschiedene Staatsoberhäupter die Bitte gerichtet, bei General de Gaulle für die Begnadigung des Attentäters einzutreten. Außer dem marokkanischen König antwortete aber nur Khruschschow auf diesen Appell.

Das ist aber nur ein äußerer Anlaß, denn Laklifi ist selbstverständlich nicht der erste Fall einer Hinrichtung seit Beginn des Algerienkrieges. Schon am 10. Juli veröffentlichte die "Pravda" einen grundsätzlichen Artikel zur Algerienfrage, in dem ein neuer Ton angeschlagen wurde. Die Sowjetunion stehe "entschlossen auf Seiten des algerischen Volkes", heißt es in diesem Artikel, der folgender Schluß zieht: "Das algerische Volk wird mit Hilfe der ständig wachsenden aktiven Unterstützung aller Völker der Welt siegen".

Diese deutliche Warnung muß mit der Tatsache in Verbindung gebracht werden, daß sowohl Nixon als auch Kennedy, die beiden amerikanischen Präsidentschaftskandidaten, als ausgesprochen "pro-afrikanisch" gelten. Moskau steht also einerseits unter dem Druck Peking's, wo man von vornherein für die aktive Unterstützung der algerischen Aufständischen war, und muß andererseits mit den amerikanischen Bestrebungen rechnen. Die beiden Supermächte, die USA und die UdSSR, wetteifern nicht nur in Zentralafrika, sondern auch in Nordafrika miteinander, den erwachenden unterentwickelten Völkern politische und materielle Hilfe anzubieten.

Es wird als sicher angenommen, daß die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten während der entscheidenden Algeriendebatte der Vereinten Nationen im Herbst stärker als bisher für das algerische Selbstbestimmungsrecht eintreten werden. Dazu kommt die ständig wachsende Zahl der unabhängigen afrikanischen Staaten in den Vereinten Nationen. Im Klartext steht die latente Drohung einer chinesischen Hilfe für die algerischen Aufständischen. Um dieser Gefahr vorzubeugen, wäre nach dem Präzedenzfall Kongo eine spätere Intervention der UNO in Algerien nicht mehr ausgeschlossen.

10 Jahre "Zentralrat der Juden in Deutschland"

sp - In diesen Tagen klickt der "Zentralrat der Juden in Deutschland" auf sein zehnjähriges Bestehen nach dem zweiten Weltkrieg zurück. Es ist angebracht, auf dieses Jubiläum besonders hinzuweisen, weil der "Zentralrat" durch seine Tätigkeit nach dem Zusammenbruch nicht nur für die noch in Deutschland lebenden oder hierher zurückgekehrten Juden eine große Leistung vollbracht hat, sondern auch für das ganze deutsche Volk.

Der offiziellen Vertretung der deutschen Juden ist es mit zu verdanken, daß bei vielen ehemaligen Kriegsgegnern verhältnismäßig schnell mit der Legende aufgeräumt werden konnte, das ganze deutsche Volk sei unverbesserlich antisemitisch. In zahlreichen Schriften, vielen Vorträgen und persönlichen Interventionen haben die Männer des "Zentralrates" in Deutschland selbst und im Ausland um Verständnis für unser Volk geworben.

Wir wissen, daß dieses Wirken für Deutschland dem "Zentralrat" nicht leicht gemacht wurde. Unverbesserliche stellten sich seinem Wirken entgegen, und Verständnislose gaben oft genug Anlaß, die Ziele und die Arbeit des "Zentralrates" als illusionär erscheinen zu lassen. Wer sich bewußt ist, daß während des Hitler-Regimes Millionen Juden gefoltert und gemordet wurden, wer das Grauen nachfühlen kann, den diese Menschen ausgesetzt waren, der weiß auch, wie groß die Leistung derjenigen ist, die versöhnend und als Vermittler zu einem neuen Verstehen auftraten.

Für diese Leistung schulden wir ihnen Dank. Wir wissen, daß auch heute noch viele Probleme der in Deutschland lebenden Juden nicht gelöst sind. Deshalb soll unser Dank mit der Verpflichtung verbunden sein, überall dort unserer Mann zu stehen, wo die Schatten und die Schrecken der Vergangenheit wieder wirksam werden wollen, und wo es darum geht, die Versöhnung auf einem Fundament der gegenseitigen Achtung aufzubauen.

Internationale Zusammenarbeit in der Tiefe des Meeres

Von Bruno Kuster, Genf

Die internationale Konferenz über die Ozeanographie, die kürzlich auf Initiative der UNESCO in Kopenhagen stattfand, ist ein neuer Beweis für die optimistische Behauptung - die im paradoxen Gegensatz zur täglichen Wirklichkeit zu stehen scheint -, daß eine zunehmende Zahl von Problemen die Nationen zur Zusammenarbeit zwingt. Alles kommt schließlich darauf an, ob die Summe dieser Probleme und Aufgaben gewichtiger wird als die zentrifugalen, explosiven Kräfte, deren Wirksamkeit natürlich nicht unterschätzt werden darf.

In dieser Sicht erscheint eine internationale, wissenschaftliche Konferenz über die Erforschung des Meeres als eine eminent politische Angelegenheit. Manche Delegation, die in Kopenhagen anwesend war, wurde denn auch von einem Diplomaten geleitet. Es ging darum, das Einverständnis zu besiegeln, daß die Erforschung der Ozeane die Möglichkeiten der einzelnen Länder bei weitem übersteigt und deshalb "internationalisiert" werden soll. Die weniger wirklichen Kenner der Ozeane geben übrigens zu, daß diese noch so gut wie unbekannt sind. Im Augenblick, da man sich anschickt, sich über die Beschaffenheit anderer Planeten den Kopf zu zerbrechen, ist es sicher nicht zu früh, sich gründlich mit unserem eigenen "Lebensraum" vertraut zu machen. Bei aller Beschränktheit der bisherigen ozeanographischen Kenntnisse weiß man immerhin, daß sichzig Prozent der Oberfläche unseres Planeten von Ozeanen, die einige Tausend Meter tief sind, bedeckt werden. Sie beeinflussen das Leben auf der Erde in entscheidender Weise, stellen sie doch einen unerschöpflichen Vorrat an Wasser und halten die Temperaturschwankungen in erträglichen Grenzen. Das Meer ist zudem ein erstrangiger Rohstoff- und Lebensmittellieferant, dessen Leistungen zweifellos noch bedeutend gesteigert werden können, wenn ihm der Mensch die nötige Ehrerbietung entgegenbringt; das heißt, seine Gaben zwar dankend in Empfang nimmt, gleichzeitig aber darauf bedacht ist, seine Leistungsfähigkeit nicht durch Raubbau und Vergiftung der Gewässer zu untergraben.

In Kopenhagen wurde nun beschlossen - und zwar einstimmig -, im Schoße der UNESCO eine "Intergouvernementale Ozeanographische Kommission" zu schaffen, in deren Händen die gesamte Forschungsarbeit konzentriert werden soll. Der Mangel an erfahrenen Ozeanographen ist so groß, daß im Augenblick die Ausbildung der benötigten Fachkräfte im Mittelpunkt aller Bemühungen stehen soll. In einer späteren Phase wird die UNESCO ein ozeanographisches Forschungsschiff ausrüsten, mit welchem die Internationalisierung der wissenschaftlichen Tätigkeit auf diesem Gebiete besonders sinnfällig in Erscheinung treten wird.

Während in früheren Jahrzehnten wichtige Entdeckungen von privaten Gruppen oder einzelnen Staaten so lange als möglich monopolisiert worden waren, besteht diese Gefahr in der Ozeanographie heute nicht mehr, denn die UNESCO bietet Gewähr dafür, daß auch Kleinstaaten, die niemals in der Lage wären, auf eigene Faust kostspielige Forschungen zu betreiben, aus den gemeinsamen Anstrengungen Nutzen ziehen können. So deuten alle Anzeichen darauf hin, daß die internationale Zusammenarbeit in der Tiefe des Meeres besser klappen wird, als in gewissen Sitzungssälen.

"In der Praxis ist es ganz anders"

W.K. - Im "Rheinischer Merkur" polemisiert Dr. Hans Karwe gegen das Godesberger Programm der SPD und behauptet: "In der Praxis ist es ganz anders". Da wird von der "Mehrheitsdiktatur" der Sozialdemokraten geschrieben, die sie in den Gemeinden und Landkreisen ausüben würden, daß die SPD systematisch mit anderen Parteien zusammen die CDU "von jeglicher Repräsentanz ausschließe", daß sie "nicht klug maßhalte im Gebrauch ihrer Machtmittel", vor allem auch, daß diese SPD so "kirchenfeindlich" sei wie eh und je. - Es lohnt nicht, auf die ganze Seite angeblicher Argumente einzugehen, ein Beispiel möge demonstrieren, was von dieser Wahlkampfmunition für die bevorstehenden Kommunalwahlkämpfe zu halten ist.

Es heißt da, die SPD gebe "Unsummen für die Errichtung und Erhaltung kommunaler Krankenhäuser aus", weil sie nicht anerkenne, daß "die kirchliche Liebestätigkeit und der aufopferungsvolle Einsatz der Ordensschwestern den Gemeinden Jahr um Jahr viele Millionen DM erspart". Zitiert wird u.a. das sozialdemokratisch verwaltete Oberhausen, das "500 000 DM Zuschuß für kommunale Krankenhäuser" gebe, wohingegen "die Förderung der konfessionellen Einrichtungen dazu in gar keinem Verhältnis" stünden.

Für ist leicht nachprüfbar, daß es in Oberhausen überhaupt kein öffentliches, überkonfessionelles - also städtisches - Krankenhaus gibt. Auch ist nicht schwer zu erfahren, daß der sozialdemokratische Rat in den Haushaltsjahren 1958 und 1959 je 500 000 DM Betriebskostenzuschuß den konfessionellen Krankenhäusern bewilligt hat und für das Jahr 1958 sogar 525 000 DM. Derselbe sozialdemokratische Rat hat außerdem für bauliche Maßnahmen der konfessionellen Krankenhäuser 1959 rund 300 000 DM und ein Darlehen von 250 000 DM gegeben, desgleichen in den Haushaltsjahren 1959 und 1960 Baudarlehen an diese Krankenhäuser in Höhe von je 500 000 DM. Für die Baudarlehen trägt die Stadt zusätzlich zu den genannten Zuschüssen den Kapitaldienst, soweit er die bescheidene Tilgungsrate von zwei Prozent jährlich übersteigt.

Man kann schon mit dem "Rheinischer Merkur" sagen: "In der Praxis ist es ganz anders!" Aber was sollen falsche Behauptungen eigentlich? Ist das die Munition für den "Sturm auf die roten Rathäuser"?

Krefeld - die Seidenstadt!

Von Oberbürgermeister Josef Hellenbrock

Die Köpfe Krefelds, der größten Stadt am linken Niederrhein, mit über 200 000 Einwohnern, sagten von dieser Stadt einmal, daß ihr wirtschaftliches Schicksal buchstäblich am seidenen Fädchen hänge. Dank einer weit vorausschauenden Kommunalpolitik sind diese Worte nicht mehr wahr. Seit 50 Jahren liegt diese Stadt am Rheinstrom mit einem gut ausgebauten Hafen. Diese Tatsache hat mit dazu beigetragen, daß sich eine vielfältige Industrie im Krefelder Raum ansiedelte. Diese Industrie und ihre Erzeugnisse auf dem Gebiete des Edlstahls, der Chemie, des Radios, der Lebensmittel, Maschinen und Textilien, erfordern alle den guten Facharbeiter und haben diese Stadt so ziemlich krisenfest gemacht.

Ihre Bürger haben seit Jahrhunderten die Tugend religiöser Toleranz geübt und Hugenotten und Mennoniten, die wegen ihres Glaubens ihre Heimat verlassen mußten, waren die Begründer der Seidenindustrie.

Im Rate der Stadt ist die SPD mit 22 Ratsmitgliedern die stärkste Fraktion und die SPD stellt auch seit 1956 den Oberbürgermeister. 22 SPD Ratsmitglieder von 48 insgesamt, sind gewiss ein politisches Gewicht und großes ist durch dieses Gewicht zustande gekommen. Gute Argumente über notwendige Maßnahmen ließen oft den Weg gemeinsamen Handelns finden.

In den Jahren von 1956 bis 1960 wurden acht neue Volksschulen gebaut. Vier weitere Schulen sind im Bau. Außerdem entsteht eine moderne Berufsschule mit einem Kostenaufwand von über 8 Millionen DM. Für die Schaffung von Turnhallen und Sportplätzen wurden in demselben Zeitraum 5 Millionen DM aufgebracht.

Große Sorgen bereitet der Wohnungsfehlbestand. Auch der Bekämpfung dieses Notstandes hat man sich erfreulicherweise auf Drängen der SPD stärker angenommen, wie z.B. in den Jahren von 1952 bis 1956. In dieser Zeit wurden zur Schaffung von Wohnungen seitens der Stadt 4 Millionen DM bereitgestellt - in den letzten vier Jahren aber 9,9 Millionen DM. Trotzdem muß auf diesem Gebiete noch einiges in den kommenden Jahren getan werden, um die Wohnungsnot endgültig zu beseitigen. Wir sind entschlossen, es zu tun.

Krefeld hat neben einigen karitativen Häusern eigene städtische Krankenanstalten mit 900 Betten. Es ist ein Schwerpunktkrankenhaus und hat eine Disziplin aufzuweisen. Die Frauenklinik ist die modernste in der Bundesrepublik, hat nur Ein- und Zweibettzimmer, insgesamt 160 Betten und wurde mit einem Kostenaufwand von 4,5 Millionen DM erbaut und im vergangenen Jahr der Öffentlichkeit übergeben. Ebenso wurde in den Nachkriegsjahren eine moderne Kinderklinik mit einem Kostenaufwand von 1 Millionen DM erbaut. Gerade an der Schaffung dieser Einrichtungen waren die SPD Ratsmitglieder am stärksten beteiligt.

Die städtischen Krankenanstalten kosten der Stadt jährlich einen Zuschuß von über 2,4 Millionen DM. Trotz dieser enormen kommunalen Leistungen auf dem Gebiete der Volksgesundheit, hat die Stadt der Erweiterung eines konfessionellen Krankenhauses in Uerdingen, einem Vorort Krefelds, die finanzielle Hilfe nicht versagt. Es wurden dem Träger des Hauses 500 000,-- DM in Form eines Darlehens gewährt, wobei man sich klar ist, daß dieses Darlehen zur gegebenen Zeit in einen verlorenen Zuschuß umgewandelt wird. Der Bürger von Krefeld weiß nur zu gut, daß auch unter sozialdemokratischer Führung die berechtigten karitativen Belange nicht zu kurz gekommen sind und auch in Zukunft nicht zu kurz kommen werden. So haben die SPD Ratsmitglieder für die Unterstützung einer katholischen Privatschule für Mädchen gestimmt aber gleichzeitig dafür gesorgt, daß der Walddorfsche Privatschule die finanzielle Unterstützung zuteil wurde.+++

Verantwortlich: Günter Markschöffel